Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums

Ergebnisse der Konsultation zum Bericht der Berz Hafner + Partner AG und der CEAT

Sekretariat: Konferenz der Kantonsregierungen
Secrétariat: Conférence des gouvernements cantonaux

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach 444
3000 Bern 7
T 031 320 30 00
F 031 320 30 20
info@tak-cta.ch
www.tak-cta.ch

1. Auswertung der Stellungnahmen der TAK-Partner

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf den konsolidierten Stellungnahmen der TAK-Partner:
- Konsolidierte Stellungnahme der Bundesämter[1];
- Stellungnahme der KDK[2];
- Stellungnahme des SSV[3];
- Stellungnahme des SGV[4].

1.1 Allgemeine Bemerkungen

Eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis Agglomerationen – ländlicher Raum erachten alle TAK-Partner grundsätzlich als sinnvoll und wichtig. In der Stellungnahme des Bundes wird darauf hingewiesen, dass die Thematik in jüngerer Zeit auch auf Bundesebene in verschiedenen interdepartementalen Gremien intensiv diskutiert wird. Die KdK und der SGV gehen davon aus, dass das Thema noch an Bedeutung gewinnen wird. Der SSV unterstützt grundsätzlich den Ansatz eines neuen Stadt-Land-Verständnisses anstelle des bisherigen Stadt-Land-Verhältnisses, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass weiterhin den unterschiedlichen Bedürfnissen dieser Räume Rechnung getragen werden sollte.

Der Bund und die KdK halten in ihren Stellungnahmen fest, dass im Gegensatz zur Agglomerationspolitik keine explizite Politik des ländlichen Raums existiert. Die KdK erachtet das Fehlen einer Politik des ländlichen Raums als Hindernis für die Abkehr vom Konkurrenzdenken zwischen Stadt und Land und die Etablierung einer lösungsorientierten Zusammenarbeit. Als Voraussetzung für eine solche Entwicklung müssten auch auf Seiten der ländlichen Räume Entwicklungsperspektiven und -ziele sowie die erforderlichen Instrumente klar aufgezeigt werden können.

Aus Sicht des Bundes kommt im Bericht ein unvollständiges Verständnis der Politiken zum Ausdruck, die für den ländlichen Raum von Bedeutung sind. Zudem sehen der Bund und die KdK den Bericht insgesamt als vorwiegend durch eine städtische bzw. agglomerationsspezifische Betrachtungsweise geprägt. Auch erachten sie die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „ländlicher Raum“ im Bericht als problematisch. Für die KdK ist dieser Begriff im Hinblick auf weitere Arbeiten zwingend zu definieren.

Aus Sicht SSV lässt sich der in den ländlichen Gebieten anstehende Strukturwandel grundsätzlich nicht vermeiden. Viele Städte hätten bereits ähnliche Anpassungsprozesse durchlaufen. Die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzmittel für die Entwicklung des ländlichen Raums, wie der Bericht aus Sicht des SSV suggeriert, wird klar abgelehnt.

1.2 Folgerungen aus den Fallbeispielen

Alle TAK-Partner erachten die Folgerungen aus den Fallbeispielen als grundsätzlich zutreffend. Darin fänden sich jedoch wenig Aussagen zur eigenständigen Rolle der ländlichen Räume und Kooperationsbezie-

---

[1] Stützt sich auf Stellungnahmen folgender Bundesämter: ARE, ASTRA, BAFU, BAV, BFS, BLW, BWO und SECO.

[2] Basiert auf den Stellungnahmen der 26 Kantonsregierungen.

[3] Ergebnis eines Vernehmlassungsverfahrens beim Vorstand des SSV

[4] Basiert auf einer Konsultation bei den kantonalen Gemeindeverbänden

hungen innerhalb der ländlichen Räume würden kaum aufgezeigt. Seitens des Bundes wird in Frage gestellt, ob vier Fallbeispiele ausreichend sind, um daraus wissenschaftlich die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Übereinstimmend unterstreichen die TAK-Partner die Bedeutung der Verflechtung von Stadt und Land sowie die Notwendigkeit einer stärkeren Ausrichtung der Politik auf funktionale Räume. Neben dieser grundsätzlichen Übereistimmung zeigen sich bei der Gewichtung der Folgerungen jedoch auch Unterschiede:

- Der SGV betont die Konzentration der wertschöpfungsstarken Aktivitäten in den Zentren und die Problematik zunehmender Verlagerung der wertschöpfungsschwachen, aber flächenintensiven Funktionen an den Agglomerationsrand und in die ländlichen Räume. Geklärt werden sollte auch die Frage, wie Leistungen der ländlichen Räume in den Bereichen Freizeit, Erholung sowie Landschafts- und Naturerlebnisse besser in Wert gesetzt werden könnten. Um die Wachstums-spirale im ländlichen Raum durchbrechen zu können, sei eine Entschädigung der Gemeinden über Lastenausgleichsysteme erforderlich.
- Der SSV weist im Zusammenhang mit der wachsenden Verflechtung von Stadt und Land namentlich auf die Problematik der Zentrumslasten hin. Besonders wichtig sind aus seiner Sicht die Aussagen zu den Verdichtungsproblemen in Agglomerationen und zur wachsenden Diskrepanz zwischen funktionalen und politischen Räumen.
- Die KdK hebt die Bedeutung koordinierter Strategien für städtische und ländliche Raume mit einer Ausrichtung auf funktionale Räume hervor. Für eine ganzheitliche Territorialpolitik wären jedoch Zusammenarbeitsstrukturen auf regionaler Ebene erforderlich. Dies erfordere u.a. starke Gemeinden in den ländlichen Räumen, die bereit sind, eine regionale Optik einzunehmen. Zudem wird eine bessere Berücksichtigung der Leistungen der ländlichen Räume in den Bereichen Freizeit, Erholung sowie Landschafts- und Naturerlebnisse in den innerkantonalen Ressourcen- und Lastenausgleichsystemen als notwendig erachtet.
- Aus Sicht des Bundes bedingen integrierte Entwicklungsziele von Stadt und Land nicht nur für die Agglomerationen, sondern auch für die ländlichen Räume eine eigene, konsolidierte Strategie. Um die im Bericht erwähnte Wachstumsspirale zu durchbrechen, sei das Konkurrenzdenken auf Ebene der Gemeinden und der Kantone zu überwinden. Zudem sollen Kompensationsinstrumenten für die Leistungen der ländlichen Räume an zusätzliche Bedingungen (z.B. keine weitere Zersied-ung) geknüpft werden.

1.3 Ansätze für eine Politik der komplementären Entwicklung von Agglomerationen und ländlichem Raum

Die drei im Bericht aufgezeigten Stossrichtungen (Politik auf Stadt-Land-Beziehungen ausrichten, Zusammenarbeit in Stadt-Land-Räumen fördern, Handlungsfähigkeit der politischen Akteure stärken) werden grundsätzlich von allen TAK-Partnern begrüsst. Der Bund hält fest, dass diese Stossrichtungen sich ergänzen und grundsätzlich auch alle notwendig sind. Die KdK spricht von recht allgemeinen Ansätzen, die noch weiterzuentwickeln wären. Dies gelte insbesondere für die Ausgestaltung der Sektoralpolitiken von Bund und Kantonen sowie deren gegenseitige Abstimmung. Der SSV ist skeptisch, ob sich die Herausforderungen, die sich den Agglomerationen und ländlichen Räumen stellen, mehrheitlich mit den im Bericht skizzierten Ansätzen bewältigen lassen.

Unbestritten ist, dass städtische und ländliche Räume eng verflochtene Lebens- und Wirtschaftsräume bilden, die koordinierte Strategien erfordern. In diesem Sinne ist die Politik vermehrt auf funktionale Räume auszurichten, in denen Stadt und Land partnerschaftlich zusammenarbeiten. Damit diese Zusammenarbeit funktioniert, sind auch für die ländlichen Räume positive Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Ob diese Strategien als eigenständige Politik des ländlichen Raumes auszugestalten sind und ob dazu in den

ländlichen Räumen ähnliche Anreize gesetzt werden können, wie in der Agglomerationspolitik, ist aus Sicht des Bundes jedoch noch zu prüfen.

Die KdK und der SGV betonen, dass der Anstoss zu Zusammenarbeitsprojekten bzw. zur Stärkung regionaler Strukturen in erster Linie von den Gemeinden ausgehen soll. Die Kantone seien aufgefordert, den (gesetzlichen) Rahmen für die Zusammenarbeit festzulegen und die Initiativen der Gemeinden gemeinsam mit dem Bund zu unterstützen. Aus Sicht der KdK ist soweit möglich von bestehenden regionalen Strukturen auszugehen, die für grossräumige Fragestellungen zu grösseren Stadt und Land übergreifenden Plattformen weiterentwickelt werden könnten.

Neben den Strukturfragen wird die Bedeutung der Finanz – und Lastenausgleiche von allen TAK-Partnern hervorgehoben. Zur Erreichung eines optimalen ökonomischen Ausgleichs sowie zur Überwindung kontraproduktiver Effekte des Steuerwettbewerbs sind weitere Verbesserungen an den bestehenden Finanz- und Lastenausgleichssystemen auf Ebene des Bundes und der Kantone anzustreben. Dabei erachtet die KdK die Internalisierung von heute noch nicht abgegoltenen Leistungen als prüfenswerter Vorschlag. Aus Sicht des Bundes sollte die Entwicklung allgemein weg von Subventionen hin zu einer Internalisierung von Kosten und Erträgen im Rahmen partnerschaftlicher Modelle gehen.

In den Augen des SSV lässt der Bericht den Eindruck aufkommen, dass der Fokus wieder vermehrt auf den ländlichen Raum gelegt werden soll. Die Bedeutung der Städte und Agglomerationen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz dürfe nicht vernachlässigt werden. Den Einsatz zusätzlicher Finanzmittel für die Entwicklung des ländlichen Raums wird deshalb abgelehnt.

1.4 Zukünftige Ausrichtung der Tripartite Zusammenarbeit

Obwohl alle TAK-Partner die hohe Relevanz der Stadt-Land-Thematik grundsätzlich anerkennen, weichen die Vorstellungen bezüglich eines Einbezugs der ländlichen Räume in die Tripartite Zusammenarbeit voneinander ab:

- Für den SGV erscheint es unerlässlich, dass die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raums enger zusammengeführt werden. Angesichts der - verglichen mit dem Ausland - bescheidenen Distanzen zwischen Stadt und Land wäre es problematisch, wenn hier mit verschiedenen Instrumenten und Organisationen politisiert wird.
- Der SSV steht einer Ausweitung des Fokus der bisherigen Tripartite Zusammenarbeit auf die ländlichen Räume skeptisch gegenüber. In den Städten und Agglomerationen stünden nach wie vor namhafte Probleme an. Zudem bestehe das Risiko, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Städte/Agglomerationen und der ländlichen Räume verwischt würden.
- Aus Sicht der KDK sind die ländlichen Räume aufgrund der Verflechtungen von Stadt und Land verstärkt in die Tripartite Zusammenarbeit einzubeziehen. Die Zusammenarbeit ist mit geeigneten Massnahmen wie Förderprogrammen, Modellvorhaben oder Schlüsselprojekten zu unterstützen. Der Einbezug der ländlichen Räume hat auf gleicher Augenhöhe und in Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Städten und Agglomerationen zu erfolgen. Als langfristige Vision ist eine einzige Regionen-Politik denkbar, die sowohl ländliche Räume als auch Agglomerationen umfasst.
- Wenn in funktionalen Räumen gedacht wird, so ist aus Sicht des Bundes ein verstärkter Einbezug der ländlichen Räume in die Tripartite Zusammenarbeit grundsätzliche zu begrüssen. Falls der Bund eine eigentliche Politik des ländlichen Raums ins Auge fasst, müssten die Möglichkeiten der Tripartite Zusammenarbeit analog zur Agglomerationspolitik geklärt werden. Langfristig wäre die Einrichtung einer Tripartiten Raumentwicklungskonferenz als grundsätzlich neues Gebilde mit einem umfassenden partnerschaftlichen Verständnis zu prüfen.

Die Rückmeldungen der TAK-Partner zeigen, dass zunächst die inhaltliche Dimension eines Einbezugs der ländlichen Räume in die Tripartite Zusammenarbeit zu klären ist, bevor entschieden werden kann, in welcher Form und in welchen Gefässen dieser Einbezug sinnvollerweise stattfinden sollte.

2. Auswertung der Rückmeldungen der Parteien und weiterer interessierter Kreise

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf die Rückmeldungen folgender Konsultationsteilnehmemden:

- Christlich-soziale Partei Schweiz (CSP);
- Grüne Partei der Schweiz (GPS);
- Pro Natura;
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB);
- Schweizerischer Bauernverband (SBV);
- Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL).

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Aus Sicht der **CSP** ist der Bericht stark vom Entwurf des Raumentwicklungsgesetzes geprägt, den der Bundesrat jedoch zurückgezogen hat. Der Bericht beziehe sich somit z.T. auf Konzepte, über die (momentan) kein Konsens bestehe, was dessen Aussagekraft schmälere. Die Vorschläge seien zudem zu wenig konkret. Als grösstes Hindernis für eine koordinierte, komplementäre Entwicklung von Agglomerationen und ländlichen Räumen wird das gegenseitige Misstrauen erachtet, das in den letzten Jahren eher noch gewachsen sei. Hinderlich für den Abbau dieser Rivalität sei das politische System der Schweiz, in welchem die Gewählten sich selber primär als „Vertreter ihrer Region" verstünden und die Interessen des Wahlkreises wichtiger werteten, als das Allgemeinwohl auf Stufe Bund und Kanton. Auch die Ämterkumulation (z.B. gleichzeitig Gemeindepräsident/in und Mitglied eines kantonalen Parlaments) trage wesentlich zu dieser institutionalisierten Übergewichtung regionaler Partikularinteressen bei.

Sowohl die **GPS** als auch **Pro Natura** können die im Bericht dargelegten Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Handlungsansätze fast ausnahmslos nachvollziehen und unterstützen. Der Bericht lese sich über weite Stecken als ein Plädoyer für eine Abkehr vom Konkurrenzdenken zwischen den Gemeinden und für eine regionale Zusammenarbeit. Es sei erwünscht, dass solche Zusammenarbeit künftig zu einer rechtlichen Verpflichtung werde. Dabei solle der Bund nicht nur Grundsätze und Ziele definieren, sondern auch via Gesetzgebung für die Bereitstellung entsprechender Instrumente sorgen und die Umsetzung der Grundsätze und Ziele durch die Kantone stärker einfordern. Vermisst werden im Bericht Forderungen zur Eindämmung des Siedlungsflächenwachstums. Auch die **SL** vermisst klare und konkrete Aussagen zur Begrenzung des Siedlungswachstums nach aussen und zur Förderung des Siedlungswachstums nach innen. Die Auswahl der Fallbeispiele wird für die Darstellung der Herausforderungen des ländlichen Raums insgesamt als wenig repräsentativ erachtet, da die Situation der peripheren ländlichen Räume kaum wiedergespiegelt werde.

Die **SAB** findet es grundsätzlich sehr positiv, dass sich die TAK mit der Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums beschäftigt. Auch sei die SAB seit vielen Jahren um eine stärkere Vernetzung von Stadt und Land bemüht. Es wird jedoch bedauert, dass die SAB in ihrer Funktion als gesamtschweizerische Dachorganisation der Berggebiete und ländlichen Räume nicht bereits in die Erarbeitung des Berichts einbezogen wurde. Durch die Fallbeispiele bestätige sich, dass eine Koordination

zwischen Agglomerationspolitik und Politik der ländlichen Räume am ehesten auf regionaler Ebene erreicht werden könne. Institutionelle Ansätze, wie z.B. die Regionalkonferenzen in Bern, könnten geeignete Gefässe für die bessere Abstimmung bilden. Um Abwehrreflexe zu vermeiden, sei hierbei eine ausgewogene Vertretung der Interessen zu berücksichtigen.

Der **SBV** begrüsst die Thematisierung der Beziehungen zwischen Agglomerationen und ländlichen Räumen. Die Schweiz brauche wirtschaftliche Zentren, jedoch würden mit einer Abkopplung der ländlichen Räume sowohl Stadt wie auch Land verlieren. Im Sinne einer Ergänzung würden die ländlichen Räume einen Teil der Attraktivität der Schweizer Agglomerationen ausmachen. Die dezentrale Besiedlung mit funktionierenden Landgemeinden und Subzentren als Verbindung zu den abgelegene ländlichen Regionen sei ein zentraler Pfeiler und elementares Anliegen. Dezidiert spricht sich der SBV gegen einen hierarchischen Ansatz aus, bei dem Städte und Agglomerationen bevorzugt gefördert und die ländlichen Räume danach durch Ausgleich unterstützt würden. Da der Begriff der „komplementären Entwicklung" in diesem hierarchischen Sinne missverstanden werden könne, schlagen sowohl der **SBV** als auch die **SAB** vor, künftig von einer „Politik der kooperativen Entwicklung" von Agglomerationen und ländlichen Räumen zu sprechen. Eine solche Politik bedinge jedoch gleichwertige Partner, weshalb das wirtschaftliche Ungleichgewicht durch politische Massnahmen ausgeglichen werden müsse.

2.2 Folgerungen aus den Fallbeispielen

Eine Mehrzahl der Konsultationsteilnehmer kann die im Bericht dargestellten Folgerungen aus den Fallbeispielen aufgrund ihrer Erfahrungen bestätigen bzw. grösstenteils bestätigen. Die folgende Übersicht beinhaltet kritische und ergänzende Bemerkungen aus den Rückmeldungen:

Die **CSP** hält fest, dass nicht nur die im Bericht erwähnte Konkurrenz zwischen den Gemeinden zu überwinden sei, sondern auch jene zwischen den Kantonen. Die **GPS** und **Pro Natura** weisen darauf hin, dass schon immer eine enge Beziehung zwischen Stadt und Land existiert habe. Die beschriebene Verwischung der Funktionen, insbesondere in den Umlandgemeinden der Agglomerationen und in den periurbanen ländlichen Gebieten, sei hingegen neueren Datums. Durch diese Vermischung entstünden unattraktive Hybrid-Gebilde, was meist zu einer Beeinträchtigung der ursprünglichen Standortvorteile führe. Der Bericht behandle sowohl die Agglomerationen, als auch den ländlichen Raum zu sehr als in sich einheitliche und vergleichbare Wesen. Dieser Mangel an Differenzierung führe stellenweise zu einer wenig differenzierten Wertung einzelner Entwicklungen. So sei z.B. in Umlandgemeinden der Agglomerationen eine Verdichtung oft wünschenswert und entsprechendes Potential auch vorhanden.

Aus Sicht der **SL** müsste der Bundespolitik (genannt werden Finanz- und Steuerpolitik sowie Verkehrspolitik) im Bericht einen grösseren Stellenwert beigemessen werden. Hier würden falsche Anreize gesetzt, die die unkoordinierte Siedlungsentwicklung in die Fläche fördern. Namentlich seien dies die steuerliche Begünstigung des Pendelns, das Fehlen von Anreizen für ressourcenschonendes Verhalten der Kantone in der NFA sowie jahrzehntelange Versäumnisse bei der Berücksichtigung der Auswirkungen der Verkehrspolitik auf die Siedlungsentwicklung. Im Bericht fehlten zudem klare Aussagen für eine Stärkung der nationalen Raumplanungspolitik sowie zur Ressourcenverantwortung des ländlichen Raumes. Zuwenig berücksichtigt werde auch die grosse Bedeutung des geringen Institutionalisierungsgrades der ländlichen Gemeinden und der fehlenden Anreize analog zum Agglomerationspro-gramm. Vermisst werden Fallbeispiele aus dem noch nicht periurbanisierten Raum, die heute durch Eigeninitiative auffallen (z.B. Naturpärke).

Für die **SAB** ist der Strukturwandel in den ländlichen Räumen weit vielschichtiger, als im Bericht dargestellt. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft werde überlagert vom Strukturwandel im Tourismus, bei den ehemaligen Regiebetrieben des Bundes und teilweise auch bei den exportorientierten Industriebe-

trieben. Ländliche Räume seien allerdings auch weniger anfällig gegenüber kurzfristigen Konjunkturschwankungen. Der Strandortwettbewerb sei nicht grundsätzlich schlecht, sondern nur dann, wenn alle Gemeinden auf dieselbe Karte setzen. Für eine Abstimmung zwischen den Gemeinden brauche es regionale Raumentwicklungskonzepte, die rechtlich zu verankern seien. Weiter betont die SAB, dass die Bergregionen einen hohen Organisationsgrad aufweisen würden - sofern die Kantone dies den Gemeinden bei der Umsetzung der NRP noch gestatten. Zudem bestünden sehr vielfältige Kooperationen unter den ländlichen Gemeinden und in den vergangenen Jahren hätten dort zahlreiche Gemeindefusionen stattgefunden, was hingegen in den Agglomerationen kaum der Fall gewesen sei. Schliesslich begrüsst die SAB den Vorschlag, dass die Agglomerationen in die politische Verantwortung für die ländlichen Räume einbezogen werden. Folgerichtig müssten die ländlichen Räume auch in die Agglomerationspolitik einbezogen werden.

Aus Sicht des **SBV** sind im Bericht die Kompetenzverschiebungen vom Bund zu den Kantonen (grosser Herausforderungen, geringe Mittel), die Sparpolitik der Kantone sowie Kostenverlagerung auf die Gemeindestufe zu wenig berücksichtigt

1.3 Ansätze für eine Politik der komplementären Entwicklung von Agglomerationen und ländlichem Raum

Mehrheitlich werden die im Bericht aufgezeigten Ansätze für eine Politik der komplementären Entwicklung von Agglomerationen und ländlichem Raum begrüsst. Die folgende Übersicht beinhaltet kritische und ergänzende Bemerkungen aus den Rückmeldungen:

Von allen im Bericht genannten Ansätzen erachtet die **CSP** die Bekämpfung des Steuerwettbewerbs als besonders wichtig. Ausserdem müsse ein System für eine bessere gegenseitige Abgeltung der Leistungen erarbeitet werden.

Für die **GPS** und **Pro Natura** zielen die drei im Bericht erwähnten Stossrichtungen genau in die richtige Richtung. Alle drei seien wichtig und würden grundsätzlich unterstützt. Es seien jedoch mehr Aufgaben auf Bundesebene anzusiedeln. So müsse die Raumplanung künftig eher zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Kantonen werden. Handlungsbedarf wird hier insbesondere beim Schutz des Kulturlandes bzw. bei der Begrenzung der Siedlungsfläche nach innen gesehen. Der Bund solle seine Regelungskompetenz im Bereich "Bauen ausserhalb der Bauzone“ beibehalten, zusätzliche Bundeskompetenzen seien in den Bereichen "hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen“ und "Zweitwohnungsbau“ erwünscht. Die Integration der Stadt-Land-Beziehungen wird als sinnvoll und notwendig erachtet. Auch hier müsse aber auf die Grundsätze des Natur- und Heimatschutzes Rücksicht genommen werden. Skeptisch wird eine zu starke Gewichtung von Erholung und Erlebnis als Aufgabe der Landwirtschaft gesehen. Als sinnvoll wird die Schaffung handlungsfähiger Organisationen auf regionaler Ebene erachtet, wobei grosses Augenmerk auf die demokratische Legitimation und Mitbestimmung der Bevölkerung zu richten sei. Die im Bericht skizzierte dritte Stossrichtung (Handlungsfähigkeit der politischen Akteure stärken) wird unterstützt, sei jedoch durch zusätzliche Elemente wie z.B. Mehrwertausgleich bei Planungen oder marktwirtschaftliche Instrumente (z.B. handelbare Flächennutzungszertifikate) zu ergänzen.

Auch die **SL** kann die Stossrichtungen grundsätzlich unterstützen, findet die Lösungsansätze jedoch zu bescheiden. Wichtig sei, dass der Bund in der Raumplanung keine neuen Spielräume im Bereich „Bauens ausserhalb der Bauzone“ schaffe und dass in der Agrarpolitik der Schutz des Kulturlands an erster Stelle stehe. Der Ausbau der bestehenden Modellvorhaben des Bundes zu einem vollwertigen Unterstützungsinstrument (analog zur Agglomerationspolitik) wird als dringend nötig erachtet. Im Zusammenhang mit der Professionalisierung von Dienstleistungen der öffentlichen Hand wird auf das Mo-dell des Kantons LU mit „Gemeindemanagern“ zur Unterstützung der ehrenamtlichen Gemeinderäte hingewiesen. Vermisst werden

konkretere Aussagen zum Aspekt der funktionalen Stadt-Land-Beziehungen, die Forderung nach einer wirkungsvollen Landschaftspolitik sowie Aussagen zu raumplanerischen Lenkungsmassnahmen (z.B. Mehrwertabschöpfung und Flächennutzungssteuer).

Die **SAB** bezweifelt, dass das Raumkonzept Schweiz in der bisher publizierten Fassung (Ende August 2008) als geeignete Klammer für die Entwicklung einer komplementären Politik der ländlichen Räume und Agglomerationen dienen könne. Es eröffne den ländlichen Räumen keine angemessene Zukunftsperspektive und provoziere eine Schweiz der zwei Geschwindigkeiten. Deshalb müsse eine Politik für die ländlichen Räume weiter gefasst werden. Als Voraussetzung hierfür müsste der Bund zunächst eine solche Politik formulieren. Das Anliegen einer engeren Zusammenarbeit der Kantone in der Regionalpolitik wird ebenfalls unterstützt. Die Einführung der NRP habe jedoch genau das Gegenteil bewirkt: einen Wettbewerb der Kantone um beschränkte Bundesmittel. Die SAB sieht hier Korrekturbedarf für die nächste Programmperiode 2016 – 2023. Unterstützt wird das Anliegen einer stärkeren Kooperation von Stadt und Land. Die Programme der Regionalentwicklung (z.B. NRP, Pärkeverordnung) enthielten sektorübergreifende Ansätze und eröffneten Möglichkeiten für Kooperationen. Nun erwarte man ähnlich sektorübergreifende Ansätze auch bei den Agglomerationsprogrammen mit einem Link zu den umliegenden ländlichen Räumen.

Der **SBV** weist darauf hin, dass Win-Win-Situationen nur zwischen gleichwertigen Partnern entstehen können. Solange ein solches Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land bestehe, werde es wenig Erfolg geben. Besonders wichtig sei, dass der ländliche Raum als funktionaler Raum mit klaren Aufgaben/Werten auch für die Agglomeration erkannt und durch abgestimmte Sektoralpolitik gestärkt werden müsse. Der Lastenausgleich innerhalb des ländlichen Raums sei zudem zu verbessern. Zudem müsse zwischen Stadt und Land ein Mittelausgleich im positiven Sinne durch eine Leistungsabgeltung des ländlichen Raums erfolgen. Es solle zudem keine Unterteilung von Agglomerationsprogramm und Regionalpolitik stattfinden. Erfolg verspreche ein flächendeckendes Programm mit Schwergewichten, abgestimmt auf funktionale Räume.

1.4 Zukünftige Ausrichtung der tripartiten Zusammenarbeit

GPS, Pro Natura, SL, SAB und **SBV** sprechen sich für einen Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit aus. Die **GPS** und **Pro Natura** erachten diesen Einbezug als sinnvoll, zumal die Grenzen zwischen urbanen Rändern und den ländlichen Räumen in der Wahrnehmung oft fliessend seien. Sie ermuntern die TAK, sich den ländlichen Räumen anzunehmen. Die **SL** hält fest, dass ein solcher Einbezug jedoch nicht die Institutionalisierung auf politischer Ebene ersetzen könne (analog Agglomerationskonferenzen).

Für die **SAB** sollte die TAK unter Einbezug der Berggebiete und ländlichen Räume, vertreten durch den SAB, erweitert werden. Alternativ sei als Zwischenlösung auch die Bildung einer Tripartiten Konferenz der Berggebiete und ländlichen Räume denkbar, die später mit der TAK zu einer einzigen Tripartiten Konferenz verschmelzen sollte. Aufgabe dieser Tripartiten Konferenz der Berggebiete und ländlichen Räume wäre die Definition einer Politik für die ländlichen Räume. Aus Sicht des **SBV** werde sich nur mit einem Einbezug der ländlichen Räume die gesamte Schweiz positiv entwickeln können und die wirtschaftliche Attraktivität der Zentren international gewahrt bleiben.

Als Politikbereiche, die sich für eine verstärkte Tripartite Zusammenarbeit eignen, werden die Raumordnung, der Verkehr, die Land- und Forstwirtschaft, die Energie, das Steuer- und Finanzwesen, der Tourismus sowie der Natur-, Heimat- und Landschaftsschutz genannt. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verbindung der Regionalpolitik mit der Agglomerationspolitik.